Inhaltsübersicht

Geleitwort des Institutsdirektors	
Ulrich Sieber	V
Vorwort des Projektinitiators	
Albin Eser	IX
Einführung in das Projekt	
Albin Eser • Helmut Kreicker	1
Fragenkatalog und Gliederungsschema	13
Grundlagen der Strafverfolgung völkerrechtlicher Verbrech	en
Deutschland	
Helmut Gropengießer ● Helmut Kreicker	21
Anhang I:	450
Gesetz zur Einführung des Völkerstrafgesetzbuchs	453
Anhang II: Auszug aus dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs	464
Anhang III:	
Übersicht über die nach dem VStGB, nicht aber nach dem Römischen Statut strafbaren Kriegsverbrechen	487
Romisenen statut stratuaten irriegsveruteenen	707
Harausgahar und Autoran	551

Vor	wort	der .	Autor	en		23
Abk	ürzu	ngsv	erzeic	hnis .		40
A.	Ein	leitu	ng			49
	I.	Das	Engag	ement	Deutschlands für den Internationalen Strafgerichtshof	50
		1.	Ausar	beitun	shoffreundliche" Haltung Deutschlands bei der g des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs	
		2.			Ratifikation des Römischen Statuts	31
	II.				es Gesetzgebers im Zusammenhang mit der Römischen Statuts	52
		1.			ng normativer Grundlagen für eine Zusammenarbeit GH	52
		2.			ng eines eigenständigen deutschen Völkerstraf-	53
		3.	•		einer besonderen Verfolgungszuständigkeit	
	III.	Das	Gesetz	lichke	itsprinzip des Grundgesetzes	54
	IV.	Die	Entstel	nungsg	geschichte des Völkerstrafgesetzbuchs	58
	V.	Allg	gemeine	e Vorb	emerkungen zum Völkerstrafgesetzbuch	61
		1.			ölkerstrafgesetzbuchs und die dem Gesetz zugrunde rämissen	61
			a)	Verb	der besseren Erfassung des spezifischen Unrechts der rechen gegen das Völkerrecht und zur Frage von lisierungsdefiziten	61
			b)	und z	der Sicherstellung nationaler Strafverfolgungszuständigker zur Intention einer vollständigen Erfassung des erstrafrechts	it 64
				aa)	Umsetzung der Straftatbestände des Römischen Statuts	64
				bb)	Vollständige Erfassung des einhellig anerkannten Völkerstrafrechts	
			c)	Ziel d	der Förderung und Verbreitung des Völkerstrafrechts	69
			d)	Zusa	mmenfassende Bewertung der Ziele des VStGB	70
		2.	Strukt	tur und	l Konzeption des Völkerstrafgesetzbuchs	71
			a)		Besondere Teil" des VStGB und das Konzept der ssenden Normierung der völkerrechtlichen Straftatbeständ	
			b)	weitr	'Allgemeine Teil" des VStGB und das Konzept des möglic eichenden Verweises auf die Regeln des "allgemeinen rechts"	chst
		3.	Verhä		es Völkerstrafgesetzbuchs zum allgemeinen Strafrecht	

			a)		endbarkeit der Straftatbestände des allgemeinen rechts parallel zu denen des VStGB	76
			b)	auf v	endbarkeit der Straftatbestände des allgemeinen Strafrech ölkerrechtswidrige Taten, die nicht als Völkerstraftaten lisiert sind	
		4.		ür die 1	Anwendung der Straftatbestände des Völkerstrafgesetz- eblichen Auslegungskriterien	
			a)		hweite eines völkerrechtlichen Gebots völkerstrafrechts- ormer Auslegung der Normen des VStGB	80
			b)		verfassungsrechtliche Gebot völkerstrafrechtskonformer egung der Normen des VStGB	83
	VI.			_	r Rezeption des Völkerstrafrechts in Deutschland s Völkerstrafgesetzbuchs	85
		1.	Die s	keptisc	h-distanzierte Haltung der Bundesrepublik Deutschland .	85
		2.			ltlose Anerkennung völkerrechtlichen Strafrechts durch e Demokratische Republik	90
В.	Die	völk	erstra	afrech	tlichen Verbrechen und ihre Erfassung von	
	der	nati	onale	n Stra	fgewalt - positiver und negativer Befund	92
	I.	Völ	kermoi	rd		92
		1.	Tatbe	stands	mäßigkeit und Rechtsquelle	92
			a)	Gesc	hichtliche Grundlagen	92
			b)	Tatbe	estand	95
				aa)	Allgemeines zur Regelung des Völkermords im VStGB	95
					(1) Überblick	95
					(2) Rechtsgut	96
				bb)	Allgemeine objektive Voraussetzungen des Völkermordtatbestands	98
				cc)	Die Einzeltaten	100
					(1) Tötung von Gruppenmitgliedern	100
					(2) Schwere Verletzung von Gruppenmitgliedern	101
					(3) Unterstellung der Gruppe unter zerstörungsgeeigne Lebensbedingungen	ete 101
					(4) Maßnahmen zur Geburtenverhinderung	103
					(5) Gewaltsame Überführung von Kindern	104
				dd)	Subjektiver Tatbestand	105
			c)	Rech	tsquelle	108
		2.	Vorge	esehen	e Rechtsfolgen	108
	II.	Ver	breche	n gege	n die Menschlichkeit	110
		1.	Tatbe	stands	mäßigkeit und Rechtsquelle	110

		a)	Gesc	nichtlich	e Grundlagen	110
		b)	Tatbe	stand		114
			aa)	_	eines zu den Regelungen der Verbrechen	
					lie Menschlichkeit im VStGB	114
				(1) Ül	berblick	114
				(2) Da	as Rechtsgut	115
			bb)	Die Ge	samttat	119
			cc)	Die Eir	nzeltaten	120
				(1) V	orsätzliche Tötung	124
				(2) A	usrottung	124
				(3) V	ersklavung	125
					ertreibung; zwangsweise Überführung er Bevölkerung	126
					reiheitsentziehung	128
				(6) Fo	olter	128
				(7) Se	exuelle Gewalttaten	130
				(8) Ve	erfolgung einer Gruppe oder Gemeinschaft	133
					erschwindenlassen	134
				(10) A ₁	partheidsverbrechen	135
					ndere unmenschliche Handlungen	137
			dd)	Subjekt	tiver Tatbestand	138
		c)	Rech	tsquelle		139
	2.	Vorge	esehen	Rechts	folgen	139
III.	Krie	_				141
	1.	Tatbe	standsı	näßigkei	it und Rechtsquelle	141
		a)		_	e Grundlagen	141
		b)				146
		,	aa)		eines zu den Regelungen der Kriegsverbrechen	
			,	im VSt		146
					npassung an die deutsche Strafgesetzgebungs- chnik	146
					haltliche Ausdehnung auf das gesamte	1.47
					erkannte Kriegsvölkerstrafrecht	147
					eutlich abweichende Systematik	151
					eschützte Rechtsgüter	154
			111		erhältnis zum allgemeinen Strafrecht	156
			bb)	-	eine Voraussetzungen der Kriegsverbrechen	157
				(1) De	er bewaffnete Konflikt	157

	(12)	Entnahme von Gewebe und Organen für Transplantionen bei in der gegnerischen Gewalt befindlicher Personen mit der Folge des Todes oder einer ernst-	1 -
		haften Gesundheitsgefährdung	195
	(13)	Meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen der Gegenseite	196
	(14)	Erklärung, daß kein Pardon gegeben wird	197
	(15)	Zerstörung oder Beschlagnahme feindlichen Eigentums	199
	(16)	Aufhebung von Rechten und Forderungen	200
	(17)	Nötigung zu Kriegshandlungen gegen	
		das eigene Land	201
	(18)	Plünderung	202
	(19)	Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen	203
	(20)	Verwendung erstickender Gase, Flüssigkeiten, Stoffe u.a.	204
	(21)	Verwendung sogenannter Dum-Dum-Geschosse	205
		Verwendung verbotener Waffen und Methoden der Kriegsführung, die geeignet sind, überflüssige	200
		Verletzungen herbeizuführen u.ä.	206
	(23)	Entwürdigende und erniedrigende Behandlung	207
		Anwendung sexueller Gewalt	209
		Benutzung einer geschützten Person als Schutzsch	ild 210
	(26)	Angriffe auf geschützte Sanitätseinrichtungen und Sanitätspersonal	211
	(27)	Vorsätzliches Aushungern als Methode der Kriegsführung	212
	(28)	Rekrutierung und Kriegseinsatz von Kindern unter 15 Jahren	
	(29)	Ungerechtfertigte Verzögerung bei der Heimschaf von Kriegsgefangenen oder internierten Zivilperso	_
		in Ergänzung zu Art. 8(2)(a)(vii) IStGH-Statut	
ee)		elne Kriegsverbrechen in nichtinternationalen bewa n Konflikten: gemeinsamer Art. 3 der Genfer	aff-
		ommen	214
	(1)	Angriffe auf Leib oder Leben, vor allem vorsätzlic Tötung, Verstümmelung, grausame Behandlung,	he
		Folter	218
	(2)	Entwürdigende und erniedrigende Behandlung	219
	(3)	Geiselnahme	219

		Inhaltsverzeichnis	VII
	(4)	Verurteilungen und Hinrichtungen ohne rechtmäßiges Gerichtsverfahren	220
ff)		telne Kriegsverbrechen in nichtinternationalen affneten Konflikten: sonstige Kriegsverbrechen	220
	(1)	Angriffe auf die Zivilbevölkerung	224
	(2)	Angriffe auf geschützte Sanitätseinrichtungen und Sanitätspersonal	224
	(3)	Angriffe auf besonders geschützte Missionen	225
	(4)	Angriff in Kenntnis schwerer Verluste oder Schäd entsprechende Anwendung auf nichtinternationale bewaffnete Konflikte	
	(5)	Führen eines Angriffs gegen gefährliche Kräfte enthaltende Anlagen oder Einrichtungen	225
	(6)	Angriffe auf Kirchen, Denkmäler,	
		Krankenhäuser u.a.	226
	(7)	Plünderung	227
	(8)	Anwendung sexueller Gewalt	227
	(9)	Rekrutierung und Kriegseinsatz von Kindern unter 15 Jahren	227
	(10)	Zwangsumsiedelung	228
	(11)	Meuchlerische Tötung oder Verwundung eines gegnerischen Kombattanten	229
	(12)	Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen gegnerischen Kombattanten	229
	(13)	Erklärung, daß kein Pardon gegeben wird	230
		Verstümmelung, medizinische Versuche	230
		Anwendung medizinisch nicht anerkannter Behandlungsmethoden bei in der gegnerischen Gewalt befindlichen Personen mit der Folge des Todes oder einer ernsthaften Gesundheits- gefährdung	230
	(16)	Entnahme von Gewebe und Organen für Transplationen bei in der gegnerischen Gewalt befindlicher Personen mit der Folge des Todes oder einer ernsthaften Gesundheitsgefährdung	
	(17)	Zerstörung oder Beschlagnahme gegnerischen Eigentums	231
	(18)	Der Einsatz verbotener Mittel der Kriegsführung - entsprechende Geltung für nichtinternationale bewaffnete Konflikte	232
		DEWALDER NUMBER	/. 1/.

					(19) Benutzung einer geschützten Person als Schutzschi entsprechende Anwendung auf nichtinternationale bewaffnete Konflikte	
					(20) Vorsätzliches Aushungern als Methode der Kriegsführung - entsprechende Geltung für nichtinternation	
				gg)	Subjektiver Tatbestand	234
			c)		ntsquelle	236
		2.	Vorge	esehen	ne Rechtsfolgen	236
	IV.	Ver	breche	n der A	Aggression	238
		1.	Gesch	nichtlic	che Grundlagen	238
		2.			egelungen über das Verbrechen der Aggression	
	V.	Son			trafrechtliche Verbrechenstatbestände	
		des	nationa	alen Re	echts	246
C.	Gru	ınds	ätze fi	ir die	Anwendung nationaler Strafgewalt	246
	I.	Ank	nüpfur	ngsprin	nzipien für die nationale Strafgewalt	246
		1.	Ankn	üpfung	gsprinzipien für die nationale Strafgewalt allgemein	246
		2.	Ankn	üpfung	gsprinzipien bei den von der nationalen Strafgewalt	
					lkerrechtlichen Verbrechen	
			a)		territoriale und personale Reichweite deutscher Strafgewal völkerrechtlichen Verbrechen	
			b)		Erfordernis eines besonderen legitimierenden Anknüpfun ets für die Anwendung deutscher Strafgewalt	-
		3.	_	_	eit der Grundsätze für die Anwendung nationaler Strafmateriellen Strafrecht bzw. zum Strafprozeßrecht	256
	II.	Ver	folgung	gspflic	cht oder Verfolgungsermessen	258
		1.		_	ätsprinzip als Grundprinzip des deutschen srechts	258
		2.	Die S		regelung des § 153f StPO für Taten nach dem Völkerstrafg	
			a)			261
			b)			262
			c)	Die N	Möglichkeit eines Absehens von der Verfolgung von	263
			d)	Die N	Möglichkeit eines Absehens von der Verfolgung von	264
			e)	Die N	Möglichkeit eines Absehens von der Verfolgung von	265

		3.		_	keit eines Verzichts auf eine (weitere) Strafverfolgung & Abs. 2 StPO, § 154b Abs. 1 StPO und § 28 IStGHG.	266
		4.	•		e einer "gestuften Zuständigkeitspriorität" bei der	
			Verfo	lgung	völkerrechtlicher Verbrechen	268
D.	All	geme	eine St	rafba	rkeitsvoraussetzungen bzw. Straffreistellungen	270
	I.	-	-		barkeitsvoraussetzungen bzw. Straffreistellungen dem Römischen Statut	270
		1.	•		keit von Vorsatz und anerkannte Vorsatzformen	270
		1.	a)		Vorsatz im deutschen Strafrecht	
			b)	Der d	leutsche Vorsatzbegriff im Vergleich mit Art. 30 H-Statut	
		2.	Erface		on Fahrlässigkeitstaten	
		۷.	a)	-	ässigkeit im deutschen Strafrecht	
			b)		ässigkeit im Römischen Statut	
		3.	,		hinsichtlich eines Tatirrtums und eines Rechtsirrtums	
		3.	a)	Die v	erschiedenen Formen des Irrtums im deutschen recht	
			b)	Die d	eutsche Irrtumsregelung im Vergleich zu Art. 32 H-Statut	
		4.			versuchter Tatbegehung und Möglichkeit ts vom Versuch	279
			a)		ich und Rücktritt im deutschen Strafrecht	279
			b)		eutsche Versuchsregelung im Vergleich zum schen Statut	281
		5.	Form		Täterschaft und Strafbarkeit von Teilnahmehandlungen	282
			a)	Täter	schaft und Teilnahme im deutschen Strafrecht	282
			b)		eutsche Regelung der Beteiligung im Vergleich t. 25 IStGH-Statut	284
			c)		atliche Aufstachelung zum Völkermord	
		6.	,		er Unterlassungsstrafbarkeit	288
			a)		trafbarkeit des Unterlassens im deutschen Strafrecht	288
			b)	Die S	trafbarkeit des Unterlassens im Römischen Statut	291
		7.	- /		orgesetztenverantwortlichkeit	292
			a)		hrung	292
			b)		pezielle Vorgesetztenverantwortlichkeit nach	-
			υ,		chem Strafrecht	294
				aa)	Positives Tun	294
				bb)	Unterlassen	294

	c)		deutsche Regelung der "command responsibility" Vergleich zu Art. 28 IStGH-Statut	298				
8.	Relev		nes Handelns auf Befehl	299				
	a)	Die 6	Die einschlägigen Rechtsvorschriften und ihr Verhältnis zueinander					
	b)	Die l	echtswirkungen eines Handelns auf Befehl oder nung					
		aa)	Handeln auf Befehl oder Anordnung als Rechtfertigungsgrund	302				
		bb)	Handeln auf Befehl oder Anordnung als Entschuldigungsgrund	306				
			(1) Die Formulierungsunterschiede zwischen § 5 Abs. 1 WStG und § 3 VStGB	306				
			(2) Modifikation der Regeln des Verbotsirrtums	308				
			(3) Modifikation der Regeln des Tatbestands- und Erlaubnistatbestandsirrtums	310				
			(4) Modifikation der Regeln des Erlaubnisirrtums	312				
			(5) Zum Begriff der "Offensichtlichkeit"	313				
			(6) Schuldausschluß wegen Handelns auf Befehl bei Taten nach § 6 und § 7 VStGB	316				
	c)	831	/StGB im Vergleich zu Art. 33 IStGH-Statut	316				
9.	,		nes Handelns in Notwehr	319				
٠.	a)		Notwehrregelungen der §§ 32 und 33 StGB	319				
	u)	aa)	Der Rechtfertigungsgrund des Handelns in Notwehr	31)				
		uu)	nach § 32 StGB	319				
		bb)	Der Entschuldigungsgrund des Notwehrexzesses nach § 33 StGB	322				
		cc)	Zur Relevanz der Notwehrregelungen bei Taten nach dem VStGB	322				
	b)	§ 32	und § 33 StGB im Vergleich					
		zu A	rt. 31(1)(c) IStGH-Statut	323				
		aa)	Notwehr	323				
		bb)	Notwehrexzeß	326				
10.	Relev	anz de	es Vorliegens eines Notstands	327				
	a)	Der	rechtfertigende Notstand	328				
		aa)	Die Notstandsregelung des § 228 BGB	328				
		bb)	Die Notstandsregelung des § 904 BGB	329				
		cc)	Die Notstandsregelung des § 34 StGB	330				
	b)	Der	entschuldigende Notstand	333				
		aa)	Die Voraussetzungen des entschuldigenden Notstands	333				

		bb)		Sonderfall des Nötigungsnotstands und seine renzung zum Handeln auf Befehl	335
	c)			des deutschen Notstandsrechts zu den völker- ichen defences der "necessity" und der "duress"	337
	d)			hen Notstandsregelungen im Vergleich (1)(d) IStGH-Statut	339
11.	Minde	estalte	r für d	lie Zulässigkeit einer Bestrafung	341
	a)	Straf	münd	igkeit	341
	b)	Sond	errege	elungen nach dem Jugendgerichtsgesetz	342
12.			_	regeln und besondere Strafzwecke für die Ahndung rbrechen	völ- 344
	a)	Festl	egung	konkreter Strafrahmen	344
	b)	Allge	emein	e Strafzumessungsregeln und Strafzwecke	345
	c)	Mög	lichke	eit der Straf(rest)aussetzung zur Bewährung	346
	d)	Straf	bemes	ssung bei mehreren Gesetzesverletzungen	347
		aa)	Tate	einheit	347
		bb)	Tatr	nehrheit	349
13.	Strafb	arkeit	jurist	ischer Personen	350
14.	Relev	anz vö	ilkerre	echtlicher und verfassungsrechtlicher Immunitäten	350
	a)			ntliche Immunitäten als Schranke für eine Igung	350
		aa)		allgemeine Staatenimmunität	351
		bb)	Imn	nunitäten von Staatsoberhäuptern und Regierungs- gliedern	355
		cc)	_	lomatische und konsularische Immunitäten	360
		dd)	_	stige völkerrechtliche Exemtionen	366
		/	(1)		366
			(2)	Exemtionen für Funktionsträger internationaler Organisationen	
			(3)	Exemtionen für Sonderbotschafter	
	b)		assung	gsrechtliche Immunitäten als Schranke für eine	370
15.	Verjä	hrungs	regeli	ungen bei völkerrechtlichen Verbrechen	374
	a)	Der V	Verjäl	nrungsausschluß im Völkerstrafgesetzbuch	374
	b)		_	einer völkergewohnheitsrechtlichen Unverjährbark tlicher Verbrechen	eit 375
	c)			3 im Vergleich zu Art. 29 IStGH-Statut	379
16.	Relev	anz vo	n Am	nnestien und Begnadigungen für eine Ahndung Verbrechen	380
				und völkerrechtliche Verbrechen	380

			aa)	Nationale Amnestien	380
			bb)	Die völkerrechtliche Diskussion über die Zulässigkeit von Amnestien insbesondere für schwere	
				Menschenrechtsverletzungen	382
			cc)	Amnestien und das Römische Statut	387
		b)	Begn	adigungen und völkerrechtliche Verbrechen	389
	17.			s Rückwirkungsverbots für eine Ahndung icher Verbrechen	390
	18.			s Grundsatzes "ne bis in idem" für eine Ahndung icher Verbrechen	392
		a)		nweite des Grundsatzes "ne bis in idem" nach Aburtein durch deutsche Gerichte	392
		b)		nweite des Grundsatzes "ne bis in idem" nach Aburtei- en durch Gerichte anderer Staaten	395
		c)		nweite des Grundsatzes "ne bis in idem" nach Aburtein durch den IStGH oder andere supranationale Gerichte	397
II.				für völkerrechtliche Verbrechen relevante allgemeine Str zungen bzw. Straffreistellungen	af- 399
	1.			Konflikte und völkerrechtliche Befugnisnormen e Straffreistellungsgründe	399
		a)		tfertigung aufgrund des Vorliegens eines bewaffneten likts	399
		b)		tfertigung aufgrund von Befugnisnormen des unitären Völkerrechts	400
	2.	Releva	anz eir	ner Einwilligung	400
		a)	Relev	vanz eines tatbestandsausschließenden Einverständnisses	401
		b)	Relev	vanz einer rechtfertigenden Einwilligung	402
			aa)	Allgemeine Voraussetzungen für eine rechtfertigende Einwilligung	402
			bb)	Zur Möglichkeit einer rechtfertigenden Einwilligung bei Taten nach dem VStGB	404
		c)	Vergl	leich mit dem Römischen Statut	406
	3.			chtliche Repressalie als möglicher ngsgrund	407
		a)		utung der völkerrechtlichen Repressalie für das deutsche recht	407
		b)	Vergl	leich mit dem Römischen Statut	410
	4.	Höher	e Gew	alt	411
		a)	Die R	Relevanz höherer Gewalt nach deutschem Strafrecht	411
		b)	Vergl	leich mit dem Römischen Statut	412
	5.	Regeli	ıngen	zur Schuldfähigkeit	413

		Inhaltsverzeichnis XII	II						
		6. Indemnität von Abgeordneten als Schranke für eine Strafverfolgung wegen völkerrechtlicher Verbrechen	+						
		7. Weisungsbefugnis der Bundesregierung gegenüber dem zuständigen Generalbundesanwalt)						
Е.		zedurale Abweichungen vom ''Normalverfahren'' völkerrechtlichen Verbrechen417	,						
	I. Besondere Zuständigkeiten bei der Strafverfolgung völkerrechtlicher Verbrechen								
		1. Erstinstanzliche Zuständigkeit der Oberlandesgerichte	,						
		 a) Die Gesetzgebungsverfahren zur Schaffung einer erstinstanz- lichen Zuständigkeit der Oberlandesgerichte	,						
		b) Reichweite der erstinstanzlichen Zuständigkeit der Oberlandesgerichte	<u>;</u>						
		Zuständigkeit des Generalbundesanwalts für die Ermittlungstätigkeit)						
		3. Zuständigkeit des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof für strafprozessuale Zwangsmaßnahmen)						
	II.	Zulässigkeit spezieller strafprozessualer Ermittlungs- und Zwangsmaßnahmen							
		 Der Streit im Gesetzgebungsverfahren über die Gestattung bestimmter strafprozessualer Ermittlungs- und Zwangsmaßnahmen 421 							
		 Zulässigkeit einer "Rasterfahndung" und eines Einsatzes verdeckter Ermittler sowie weiterer besonderer Ermittlungsmaßnahmen	;						
F.	Tat	ächliche Verfolgungspraxis							
	I.	Zur Ahndung völkerrechtlicher Verbrechen unter Anwendung des Völkerstrafgesetzbuchs							
	II.	Zur Ahndung völkerrechtlicher Verbrechen unter Anwendung des allgemeinen Strafrechts)						
		Die Strafverfolgung der Makrokriminalität des NS-Regimes und des DDR-Systemunrechts)						
		 Die strafrechtliche Ahndung im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien begangener völkerrechtlicher Verbrechen in Deutschland	,						
		Strafverfahren wegen in Lateinamerika begangener schwerer Menschenrechtsverletzungen)						
G.		ormvorhaben - Juristische Bewertung -							
	Rec	ntspolitische Diskussion	,						
	I.	Reformvorhaben)						

Anhang II: Auszug aus dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs							
Gesetz zur Einführung des Völkerstrafgesetzbuchs							
	ang l		e1	1 7791 4 6 4 1 1	450		
J.	Eigene Einschätzung der Situation der Strafverfolgung völkerrechtlicher Verbrechen auf nationaler Ebene						
Н.	Son	stige	e Aspe	kte spezifisch völkerstrafrechtlicher Art	446		
			b)	Diskussion über die hinreichende Bestimmtheit der Tatbestände des Völkerstrafgesetzbuchs	446		
			a)	Diskussion über die Art und Weise der Rezeption des Völkerstrafrechts	445		
		3.		ur Resonanz in der Öffentlichkeitrtung der neuen Gesetze durch die Wissenschaft	444 444		
		2.	Bewe	rtung der neuen Gesetze durch Nichtregierungsorganisationen			
		1.		rtung der neuen Gesetze durch politische Parteien taatliche Stellen	444		
	III.	Rec	Rechtspolitische Diskussion				
			d)	Fazit der Überlegungen für die Anwendbarkeit des § 153f StPO	443		
			c)	Zur räumlichen und personalen Reichweite völkerrechtlicher Bestrafungspflichten	441		
			b)	Außervertragliche völkerrechtliche Bestrafungspflichten	440		
			a)	Völkervertragliche Bestrafungspflichten	437		
		2.		rage der Annahme völkerrechtlicher Bestrafungspflichten utschland	436		
		1.	Zur F	rage von Defiziten der deutschen Strafgewalt	436		
	II.			Bewertung der Defizite der nationalen Strafgewalt ntsprechung und Wissenschaft	436		
			d)	Erweiterung des Opportunitätsprinzips bei Taten nach dem VStGB	433		
			c)	Beseitigung von Unklarheiten aufgrund der Aufnahme von Taten nach dem VStGB in den Katalog des § 120 GVG	432		
			b)	Einschränkung der verfassungsrechtlichen Indemnität und Immunität	431		
			a)	Anpassung der Straftatenkataloge der §§ 100a und 100c Abs. 1 Nr. 3 StPO	431		
		2.		erkungen zum gesetzgeberischen Reformbedarf			
		1.	Δktue	elle Reformvorhaben	430		

	Inhaltsverzeichnis	XV
ţ	Anhang III: Übersicht über die nach dem VStGB, nicht aber nach dem Römischen Statut	407
		487 491
S	Stichwortverzeichnis	515
1	Herausgeber und Autoren	551